


*gscant*

## Staatsanwaltschaft München I



Staatsanwaltschaft München I,  
80097 München

01 3C4D 7040 48 3000 1325  
DV 08.20 0,80 Deutsche Post 



\*56244\*1155\*20\*000306\*  
Herrn

Christian Alessio Davide Herzog  
Buschingstraße 18  
81677 München

Frau Staatsanwältin Stadler

Telefon: 089/5597-5188

Telefax: 089/5597-4131

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben  
Akten - / Geschäftszeichen

272 Js 105858/20

ebe  
Datum

17. August 2020

Ermittlungsverfahren gegen Isabel Carolin Schlüpmann  
Stefan Franck  
wegen Betruges

Sehr geehrter Herr Herzog,

in dem oben genannten Verfahren habe ich mit Verfügung vom 11.08.2020 folgende Entscheidung getroffen:

Das Ermittlungsverfahren wird gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Gründe:

Den Beschuldigten liegt zur Last, zu einem nicht näher bestimmbar Zeitpunkt zwischen dem 01.12.2018 und dem 04.12.2019 vor der Errichtung der Gesellschaft "ASC Asien Sport Center GmbH" (kurz: ASC) den Anzeigerstatter unter anderem über den Gesellschaftszweck und die Gesellschaftsanteile getäuscht zu haben.

Auch nach der Beschwerde des Anzeigerstatters vom 27.02.2020 und den durchgeführten Nachermittlungen hat sich kein hinreichender Tatverdacht gegen die Beschuldigten ergeben, weshalb das Ermittlungsverfahren nach § 170 Abs. 2 StPO aus tatsächlichen Gründen einzustellen war.

In dem Beschwerdeschreiben vom 27.02.2020 lässt der Anzeigerstatter über seinen anwaltlichen Vertreter Rechtsanwalt Vogel vortragen, dass der Anzeigerstatter sowohl über den Gesellschaftszweck sowie die -anteile getäuscht worden sei. Die stille Beteiligung und finanzielle Unter-

**Hausanschrift**  
Linprunstr. 25  
80335 München

**Haltestelle**  
Haltestelle Stiglmaierplatz  
U1,U7;Trambahn 20,21

**Geschäftszeiten**  
Mo-Fr: 8:00 Uhr - 12:00 Uhr

**Kommunikation**  
Telefon: 089/5597-07  
Telefax: 089/5597-4131

000306  
Blatt 01 von 02



*Beweise dürfte ich nicht vorlegen*

stützung der Beschuldigten sei nur vorgeschoben gewesen, um die Karateschule später selbst zu übernehmen. Im Rahmen des Beschwerdeschreibens wurde zudem eine Reihe von Zeugen benannt, die die absprachewidrige „Intention“ der Beschuldigten bestätigen könnten.

Auf das Beschwerdeschreiben von Herrn Rechtsanwalt Vogel vom 27.02.2020 hin wurde das Ermittlungsverfahren mit Verfügung vom 28.02.2020 wieder aufgenommen und die beantragten Nachermittlungen beim K 72 veranlasst.

Auch nach Durchführung der erbetenen Nachermittlungen ist ein Tatnachweis eines Betrugsvorsatzes und einer Täuschung durch die Beschuldigten nicht mit der für eine Anklageerhebung notwendigen Sicherheit zu führen.

Die Beschuldigten gaben über ihre anwaltlichen Vertreter Frau Rechtsanwältin Schaal und Herrn Rechtsanwalt Scharr Erklärungen ab und bestreiten die Tat. Frau Rechtsanwältin Schaal teilte im Namen des Beschuldigten Franck mit, dass ausdrücklich bestritten wird, dass dieser die Gesellschaftsform der GmbH wählte, um den Anzeigerstatter unter Bruch der mündlichen Vereinbarungen aus dem Unternehmen zu drängen, sobald dieses aufgebaut sei. Eine mündliche Vereinbarung habe es nicht gegeben.

Herr Rechtsanwalt Scharr gab im Namen seiner Mandantin an, dass die Behauptung des Anzeigerstatters, dass es sich um die Gründung seiner „Schule“ handle und die weiteren Beteiligten sozusagen lediglich kostenlos mithelfen wollten, um ihn bei der Gründung zu unterstützen, nicht zutreffe. Vielmehr sei die Idee gemeinsam entstanden und die Gründungsphase gemeinschaftlich durchlaufen worden. Die Rechtsform einer GmbH habe man zudem gemeinsam gewählt. Eine vor der Errichtung der Gesellschaft getroffene mündliche Absprache habe es nicht gegeben.

Die Angaben der Beschuldigten können letztlich nicht widerlegt werden.

Die nachträglich vernommenen Zeugen konnten keine Angaben zu den Abreden zwischen den Beteiligten machen, mit denen sich der Tatnachweis einer Täuschung führen ließe.

So gaben beispielsweise die Zeugen Hoang Ho, Kubalek und Neuberger an, dass sie keine bis kaum Angaben zu der Absprache zwischen den Beteiligten Herzog, Schlüpmann und Franck machen könnten. Der Zeuge Hoang Ho führte beispielsweise an, dass er keine hilfreichen Angaben zu einer Absprache machen könne, da er erst nach der Gründung der „ASC“ zur Schule hinzugestoßen sei. Die Zeugen gaben lediglich an, mitbekommen zu haben, dass die Beschuldigten dem Anzeigerstatter bei der Gründung der Karateschule helfen wollten. Die Zeugin Bert schilderte, dass der Anzeigerstatter der Ansprechpartner gewesen sei. Die Beschuldigten seien erst nach dem Ausscheiden des Anzeigerstatters aufgetreten. Angaben zu einer im Vorfeld getroffenen Absprache konnte sie nicht geben.

Die Tante des Anzeigerstatters, Frau Herzog, konnte die Angaben des Anzeigerstatters nur in Teilen bestätigen. Hierbei konnte sie ebenfalls lediglich angeben, dass der Anzeigerstatter eine Karateschule habe gründen wollen. Die Beschuldigte Schlüpmann habe ihn dabei finanziell unterstützen sollen. Der Beschuldigte Franck sollte sich dagegen um die IT- und Budgetplanung kümmern. Die Beschuldigte Schlüpmann habe sich später um eine Immobilie für den Trainingsort gekümmert und Zahlungen vorgenommen. Sie bestätigte, dass die Beschuldigten Mitgesellschafter werden sollten und der Anzeigerstatter die Schule leiten sowie eine Trainerfunktion übernehmen sollten. Weitere Angaben zu den im Vorfeld getroffenen Abreden zwischen den Beteiligten konnte sie jedoch nicht geben.



Der Zeuge Rechtsanwalt Ammersbach gab an, dass er aufgrund seines Sohnes mit der Karateschule in Kontakt gekommen sei. Als er mitbekommen habe, dass es zu internen Streitigkeiten gekommen sei, habe er dem Anzeigerstatter seine Hilfe angeboten. Hierbei habe er lediglich erfahren, dass die Karateschule auf dem Konzept des Anzeigersatters fußen würde und dieser durch die Beschuldigte Schlüpmann finanziell unterstützt werden solle. Er habe erfahren, dass diese wohl auch die Idee der Gesellschaftsform einer GmbH eingebracht habe. Zu dem Beschuldigten Franck könne er hingegen keine Angaben machen. Ebenfalls konnte er keine Angaben zu den im Vorfeld getroffenen Absprachen zwischen den Beteiligten machen.

Weder nach den Aussagen der Zeugen noch nach den Angaben des Anzeigerstatters kann nachgewiesen werden, dass die Beschuldigten den Anzeigerstatter über die Errichtung der Gesellschaft bzw. deren Modalitäten täuschten. Einer solchen Täuschung steht bereits die vorliegende notarielle Urkunde von Frau Notarin Eleonore Traugott, Ur-Nr. 10317/19, über Errichtung der Gesellschaft am 25.01.2019, entgegen. Die Urkunde wurde nach dem Verlesen samt Anlagen von allen anwesenden Beteiligten, unter anderem vom Anzeigerstatter, unterzeichnet. Vor und zum Zeitpunkt der Errichtung der Gesellschaft hatte der Anzeigerstatter Kenntnis von der Gesellschaftsform, den -anteilen, dem Inhalt des der Gesellschaft zugrunde liegenden Gesellschaftsvertrags und allen weiteren Modalitäten.

Der Zeuge Sterler-Stürzer, der den Anzeigerstatter im Rahmen eines Existenzgründungscoachings betreute, gab an, dass er den Anzeigerstatter bezüglich einzelner Gesellschaftsformen aufklärte und ihn explizit vor der Gründung einer GmbH darauf hinwies, dass bei einer solchen Gründung die Verteilung der Gesellschaftsanteile ausschlaggebend sei, um Entscheidungen durchzusetzen. Von der Gründung des „ASC“ habe er erst im Nachhinein Kenntnis erlangt. Er sei bei der Gründung des „ASC“ auch nicht mit eingebunden gewesen. Dies wird unter anderem auch durch die E-Mail des Zeugen Sterler-Stürzer an den Anzeigerstatter vom 15.01.2019 belegt. In dieser E-Mail fasste der Zeuge nochmals das vorangegangene Gespräch zum Thema „Rechtsformwahl“ zusammen. Wie dem Betreff zu entnehmen ist, wurde der Anzeigerstatter auch über dazugehörige Themen wie „Gründungszuschuss, Gewerbeanmeldung (...) und Businessplan“ informiert. In der E-Mail vom 15.01.2019 wurde zudem bereits die Möglichkeit der Anteilsverteilung diskutiert. Dabei führte der Zeuge Sterler-Stürzer die Möglichkeit der Anteilsverteilung von je einem Drittel für jeden Beteiligten auf. Zudem ergänzte er, dass auch eine andere Anteilsverteilung („mehr Anteile für Herrn Herzog“) möglich sei, wenn dies gewünscht werde.

In Kenntnis dieser Möglichkeiten und der „Risiken bzw. Gefahren“ einer GmbH erklärte sich der Anzeigerstatter mit den in der notariellen Urkunde der Notarin Frau Eleonore Traugott, UR-Nr. 10317/19, getroffenen Vereinbarungen zur Errichtung der Gesellschaft am 25.01.2019 und den Vereinbarungen im Gesellschaftsvertrag (insbesondere der Anteilsverteilung) einverstanden.

Zudem ergeben sich aus dem E-Mailverkehr vom 16.01.2019 (Bl. 66 d.EA.) keine Anhaltspunkte, dass der Anzeigerstatter hinsichtlich der Gesellschaftsform oder der -anteile gedrängt worden sei. So wird einerseits die Aufteilung der Gesellschaftsanteile von je einem Drittel besprochen, sodass der Anzeigerstatter bereits zu diesem Zeitpunkt Kenntnis von der möglichen Aufteilung hatte. Andererseits teilte die Beschuldigte Schlüpmann mit, dass sie hinsichtlich der Vertragsgestaltung flexibel sei. Ihr sei es wichtig, dass sich der Anzeigerstatter wohl fühle.

Ferner vermögen die vom Anzeigerstatter vorgelegten WhatsApp Chatverläufe einen Tatnachweis einer Täuschungshandlung der Beschuldigten bzw. einen Betrugsvorsatz nicht begründen, zumal diese aus der Zeit (November 2018, April 2019) vor der Errichtung der Gesellschaft stammen. Zwar teilte die Beschuldigte Schlüpmann mit, dass ihr Grundgedanke gewesen sei, dass sie an der Schule nichts verdienen wolle. (...) Im weiteren führte sie jedoch auch auf, dass man



aber auch ganz anders handeln könne.

Konkrete Aussagen der Beschuldigten, die auf eine Täuschungshandlung hinweisen, können hierbei nicht festgestellt werden, zumal unbekannt bleibt, was im Verlauf der weiteren Monate besprochen wurde.

Im Übrigen wird auf die in der Einstellungsverfügung vom 07.02.2020 aufgeführten Argumente Bezug genommen.

Unter diesen Umständen kann der für eine Anklageerhebung erforderliche Tatnachweis einer Täuschungshandlung der Beschuldigten bzw. eines Betrugsvorsatzes nicht geführt werden. Für eine Anklageerhebung bleibt letztlich kein Raum.

Etwaige zivilrechtliche Ansprüche werden durch diese Entscheidung nicht berührt.

Informationen über die Rechte von Verletzten und Geschädigten in Strafverfahren sind im Internet abrufbar unter <http://www.justiz.bayern.de/service/opferschutz/rechte-geschaedigter> (mit Übersetzungen in verschiedene Sprachen).

### **Beschwerdebelehrung**

Gegen diesen Bescheid können Sie binnen 2 Wochen nach Zugang Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft München erheben.

Die Beschwerde kann innerhalb dieser Frist auch bei der Staatsanwaltschaft München I eingelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stadler  
Staatsanwältin

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.